



## Antrag

der Fraktion der SPD

### **Besserer Schutz von Demokrat\*innen gegen rechtsextreme Bedrohungen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Information, die Beratung und den Schutz von Bürgerinnen und Bürgern, die von Rechtsextremen direkt oder indirekt bedroht werden, zu intensivieren und neu zu organisieren.

Insbesondere soll eine Anlaufstelle für Betroffene beim Innenministerium oder bei den Sicherheitsbehörden einrichtet werden; darüber hinaus sollen Beratungsinstitutionen der Zivilgesellschaft besser als bisher gefördert werden.

Personen, deren Namen auf sog. „Todeslisten“ auftauchen, die in rechtsextremen Kreisen verbreitet werden, müssen das Recht haben, darüber schnellstmöglich informiert zu werden. Es darf dabei nicht bei einer bloßen brieflichen Mitteilung bleiben, sondern den Betroffenen müssen konkrete Angebote der Beratung und gegebenenfalls des Schutzes gemacht werden.

#### Begründung:

In letzter Zeit sind immer wieder sog. „Todeslisten“ bekanntgeworden, auf denen Menschen mit ihrer Ermordung bedroht werden, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagieren.

Spätestens der Mord an dem Regierungspräsidenten von Kassel, Walter Lübcke, hat deutlich gemacht, dass solche Listen mehr sind als reine Drohgebärden.

Es ist richtig, derartige Listen nach dem Bekanntwerden nicht in der Presse zu veröffentlichen; jedoch müssen Betroffene von derartigen Bedrohungen in Kenntnis gesetzt werden und im Bedarfsfall über den angemessenen Umgang damit beraten und geschützt werden.

Ebenso haben auch diejenigen Ansprüche auf Beratung und Schutz, die sich selbst an die Behörden wenden, weil sie sich bedroht fühlen.

Tobias von Pein

und Fraktion